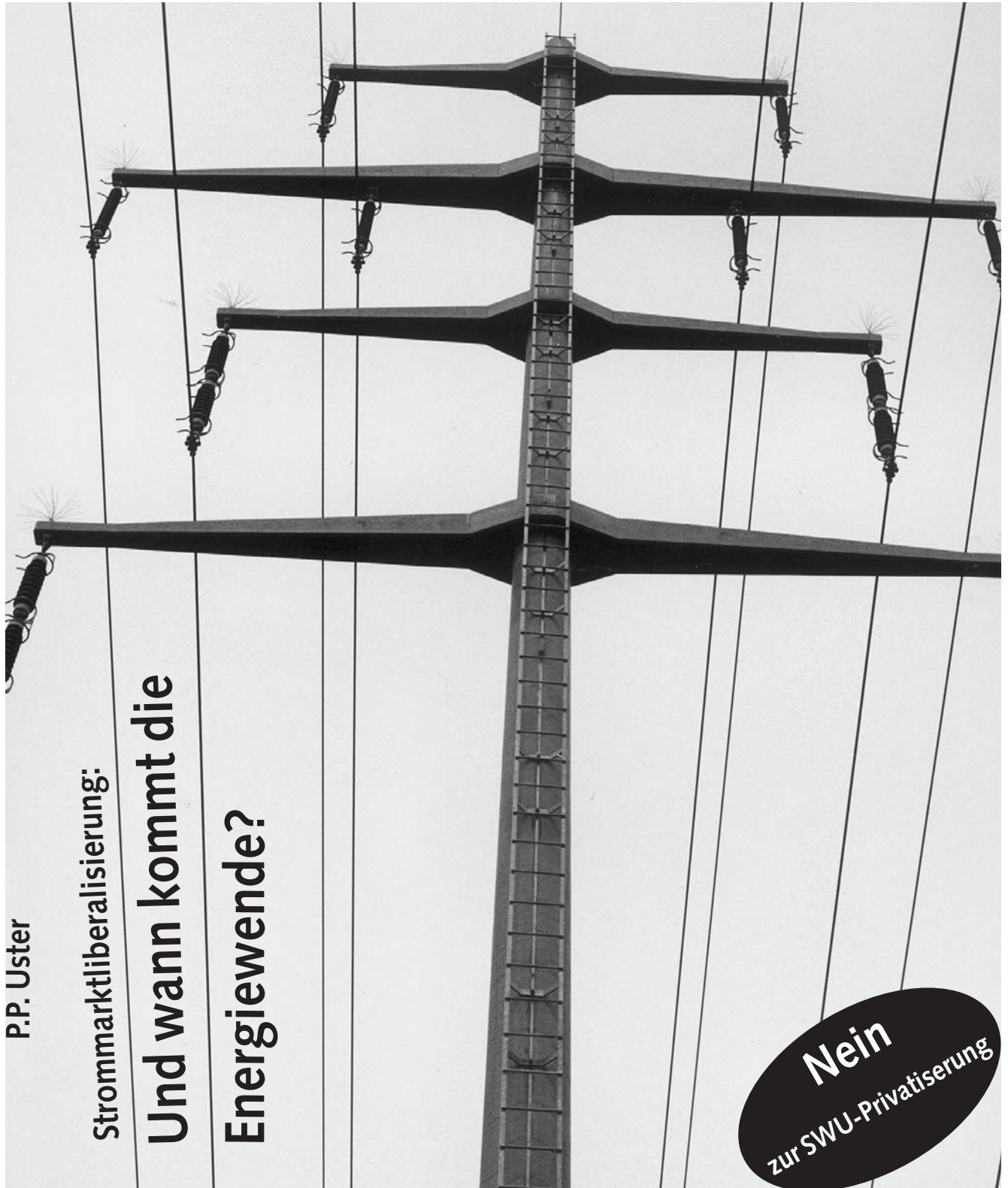


FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.

Nr. 199 Juni 1999



P.P. Uster

Strommarktliberalisierung:

**Und wann kommt die
Energiewende?**

Nein
zur SWU-Privatisierung

Inhalt

Nein zu einem Demokratieabbau bei der Energieversorgung 3

Zur Privatisierung der Städtischen Werke

Von Stefan Feldmann

Energiewende einläuten 4

Lösungsansätze zum Problem der Energieverschwendung

Von Dagmar Anderes

Rock'n'Roll und Flower Power 6

SP Uster feierte ein rauschendes Fest

Mit Fotos von Margrit Enderlin und Rolf Murbach

Prof. Rüdisühli's Spartipps 7

Interview mit Prof. Rüdisühli

Von Rolf Murbach

Architektur, Ökologie und Ökonomie unter einem Dach 8

Niedrigenergiehäuser: Ein paar Beispiele aus Uster

Von Barbara Thalmann

Abstimmungsparolen der SP Uster 10

Schwarzer Sonntag 10

Kommentar zu den Wahlen vom 18. April

Von Stefan Feldmann

A, B und C statt e, m und g 11

Zum neuen Oberstufenschulmodell

Von Dagmar Anderes

Veranstaltungskalender 12

Versione italiana sul retro

Liebe Leserin, lieber Leser



Die FORUM-Redaktion hat sich für diese Ausgabe für ein Thema entschieden, das seit einigen Jahren aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Die wirtschaftliche Rezession hat die Sorge für unsere Umwelt aus unseren Köpfen und aus

den Schlagzeilen verdrängt. Vorbei sind die grossen Demonstrationen gegen AKWs, vorbei scheint die Besorgnis über Klimaveränderung, Wasser- und Luftverschmutzung oder Tschernobyl. Vorbei scheinen auch die Bemühungen, mit Energie sparsam umzugehen. Die Preise für Energie sind nach wie vor niedrig und laden zur Verschwendung ein. Ein zynisches «Mein Auto fährt auch ohne Wald» konnte man bereits vor Jahren auf Hausmauern gesprayt lesen...

Beinahe unbemerkt hat sich aber auch anderes verändert. Veraltet ist inzwischen die Vorstellung, Sorge für unsere Umwelt habe etwas mit Kerzenlicht und Steinzeithöhlen zu tun: In den letzten Jahren und Jahrzehnten haben sich viele Fachleute, Techniker, Ingenieure mit dem Thema beschäftigt und Alternativen entwickelt. Ein riesiges Wissen in Umweltfragen liegt bereit, und Spezialisten – Techniker, Architekten, Ingenieure, Handwerker – warten nur darauf, es umzusetzen. In der Politik warten verschiedene Umwelt-Vorlagen und Initiativen auf ihre Realisierung. Heute stellt sich die Frage nicht mehr, wie wir unsere Umwelt schützen wollen, sondern nur noch, ob wir es wollen!

Über Möglichkeiten zu einer «Energiewende» berichtet Dagmar Anderes in ihrem Beitrag auf Seite 4. Wie in Uster ebenfalls beinahe unbemerkt sogenannte «Niedrigenergiehäuser» realisiert wurden, die sparsamen Umgang mit Energie mit Ästhetik, Komfort und finanziellen Ansprüchen vereinen, zeigt die Architektin Barbara Thalmann auf Seite 8 anhand einiger Beispiele.

Nicht vergessen wollen wir die Städtischen Werke, die für die Energieversorgung von Uster zuständig sind. Mit der Privatisierungsvorlage sollen die SWU auf die kommende Stromliberalisierung vorbereitet werden. Gerade in diesem Zusammenhang frage ich mich aber, ob es heute noch der einzige Sinn und Zweck sein kann, Strom in möglichst grossen Mengen zu möglichst niedrigen Preisen zu beschaffen. Ein solches Ziel entspricht zwar zeitgemäss den marktwirtschaftlichen Vorstellungen. Mit dem heutigen Wissen und Können in Umweltfragen mutet es aber dennoch ziemlich steinzeitmässig an. Stefan Feldmann erklärt in seinem Beitrag auf Seite 3, warum die SP Uster gegen die Privatisierungsvorlage ist.

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin:

Anschrift:

Auflage:

Abonnement:

Redaktion:

Layout:

Vertrieb:

Druck:

Titelbild:

Sozialdemokratische Partei

FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
8500

für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf
PC 80 – 13431 – 8

Dagmar Anderes, Margrit Enderlin,
Stefan Feldmann, Fredi Gut,
Marlies Hürlimann, Rolf Murbach
Fredi Gut

Stefan Feldmann

Ropress Zürich

Foto von Stefan Feldmann

SP Uster sagt Nein zur Privatisierung der Städtischen Werke Uster

Nein zu einem Demokratieabbau bei der Energieversorgung



Am 13. Juni stimmen die Ustermer Stimmberechtigten darüber ab, ob die Städtischen Werke Uster (SWU) in eine privatrechtliche AG umgewandelt werden soll. Die SP Uster spricht sich gegen diese Vorlage aus, unter anderem weil sie ein Abbau von Volksrechten mit sich bringt. Mit einem Nein wird zudem der Weg freigemacht für eine bessere Lösung.

Von Stefan Feldmann

Der Energiemarkt ist international in Bewegung, bis Mitte des nächsten Jahrzehntes soll er in mehreren Schritten in ganz Europa liberalisiert werden. Was dies für die bestehenden Werke und Stromlieferanten aber auch für die KonsumentInnen genau bedeutet, weiss niemand so genau. Es ist deshalb durchaus verständlich, dass alle Energieunternehmen eine möglichst grosse Unabhängigkeit anstreben, um möglichst flexibel auf die eintretenden Veränderungen reagieren zu können. Wenn sich die SP Uster nun gegen die geplante Umwandlung der SWU in eine Aktiengesellschaft ausspricht, dann nicht, weil sie die Notwendigkeit von mehr unternehmerischer Flexibilität bestreitet, sondern weil die geplante Privatisierung in der vorgeschlagenen Form gewichtige Nachteile aufweist.

Gründe für ein Nein

Die SP Uster lehnt die Privatisierung der Städtischen Werke aus folgenden Gründen ab:

- **Fehlender Gesamtarbeitsvertrag:** Für die Beschäftigten der künftigen SWU AG ist kein Gesamtarbeitsvertrag vorgesehen, wie ihn viele Branchen und Unternehmen kennen. Interessanterweise anerkennt auch der Stadtrat den GAV als nützliches arbeitsrechtliches Instrument, will aber einen solchen erst einführen, wenn sich Dritte an der SWU AG beteiligen. Die Gründe, weshalb erst dann, bleiben nebulös.
- **Rosinenpickerei:** Durch die Privatisierung der SWU übernimmt die neue AG die Wasserversorgung der Stadt Uster. Für die Abwasserentsorgung – das logische Gegenstück – soll aber weiterhin die Stadt verantwortlich sein. Die beiden Aufgaben waren zwar bislang schon getrennt – Wasser bei der Abteilung Hochbau, Abwasser bei der Abteilung Tiefbau –, doch ist angesichts der laufenden Behörden- und Verwaltungsreform OPTIMUS nicht einsichtig, weshalb jetzt ein Teil der städtischen Verwaltung herausgebrochen wird, bevor die Frage geklärt ist, ob es vielleicht nicht sinnvoll wäre, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zusammenzulegen.
- **Konzessionsvertrag:** Der Konzessionsvertrag, der zwischen der Stadt Uster und der neuen SWU AG abgeschlossen werden soll, hat eine Laufzeit von 25 Jahren mit einer Option für eine Verlängerung von nochmals 10 Jahren. In dieser Zeit ist die Stadt Uster auf Gedeih und Verderben an die SWU AG gekoppelt, kann also auf allfällige schlechte Entwicklungen nicht reagieren und die Stromversorgung einem anderen Unternehmen übertragen. Ebenfalls störend ist, dass der Konzessionsvertrag bei einer Fusion der SWU direkt auf die neuentstehende Firma übertragen wird, unabhängig davon, welche Geschäftsphilosophie dieses Unternehmen verfolgen will.



Bei einem JA zur Privatisierungsvorlage hätten die UstermerInnen bei der SWU bald nichts mehr zu sagen.

- **Abbau direkter Demokratie:** Der wichtigste Grund für die SP aber, die Privatisierung der Städtischen Werke abzulehnen, besteht im damit verbundenen Abbau von direkter Demokratie. Durch die Privatisierung verliert der Gemeinderat – die Volksvertretung notabene – die Budgethoheit und damit massgeblichen Einfluss auf die Politik der Städtischen Werke. Zwar sind – dank den Bemühungen der SP – direktdemokratische Hürden beim Verkauf von grossen Aktienpaketen eingebaut worden, doch von dem Zeitpunkt an, in welchem die Stadt die Aktienmehrheit an der SWU AG verliert – was früher oder später der Fall sein wird –, kann die Bevölkerung und der Gemeinderat keinerlei Einfluss mehr auf Politik der SWU AG nehmen, sei es in arbeitsrechtlicher, energiepolitischer oder ökologischer Hinsicht. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass sich bürgerliche Parteien – namentlich die SVP –, die sich sonst bei jeder Gelegenheit als Bewahrerinnen der Volksrechte aufspielen, hier Hand zu einem klaren Abbau von direkter Demokratie bieten.

Eine bessere Alternative bald möglich

Bleibt eine Frage offen: Gibt es eine Alternative zur geplanten Privatisierung, die den Einfluss von Volk und Parlament einerseits, mehr unternehmerischen Spielraum für die SWU andererseits unter einen Hut bringt? Ja, es gibt sie: die selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. In dieser Rechtsform sind im Kanton Zürich die Kantonalbank, die EKZ oder die Gebäudeversicherung organisiert.

Auf Gemeindeebene ist diese Rechtsform bislang aufgrund eines Verbots im Energiegesetz zwar nicht möglich, doch dies wird sich in Kürze ändern: Das Energiegesetz ist zur Zeit in Revision, und einer der wichtigsten Punkte dieser Revision ist eben genau die Aufhebung dieses Verbots von selbständigen Anstalten des öffentlichen Rechts auf Gemeindeebene. Ende Januar ist die Vernehmlassung abgeschlossen worden und meines Wissens hat sich keine Partei gegen die Aufhebung des Verbotsartikels ausgesprochen. Es ist deshalb mehr als nur wahrscheinlich, dass diese spezielle Rechtsform schon in Kürze auch auf Gemeindeebene möglich sein wird. Stellt sich zum Schluss die Frage, ob es Zufall ist, dass die Städtischen Werke jetzt, so kurz vor der Aufhebung des Verbotsartikels, noch schnell in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll?

Kurz: Ein Nein zur geplanten Privatisierung der Städtischen Werke macht den Weg frei für eine bessere Lösung, eine Lösung, die den demokratischen Rechten der Bevölkerung, aber auch den Interessen der SWU nach mehr unternehmerischem Spielraum gerecht wird.

Strommarktliberalisierung: Und wann



Mit der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes sinken die Strompreise, der Energieverbrauch steigt. Dabei stellt die Energieverschwendung ein Kernproblem unserer Zeit dar. Lösungsansätze sind zwar vorhanden, doch ihre Umsetzung lässt auf sich warten.

Von Dagmar Anderes

Der Elektrizitätsmarkt der Schweiz befindet sich im Umbruch. Die Tage der staatlichen Tarif- und Gebietsmonopole sind gezählt. Bis heute waren die Bezüger fest an regionale Stromverteiler gebunden. Sie bestimmten den Preis nicht aufgrund von Angebot und Nachfrage, stattdessen bildete die Kostenbasis den Rahmen. Das wird sich ändern: Grosskunden und später auch die einzelnen Haushalte sollen ihren Energiebedarf auf dem freien Markt decken dürfen. Zum Zuge wird dabei zwangsläufig der Lieferant mit den tiefsten Preisen kommen. Woher der Strom kommt und ob er umweltgerecht erzeugt wurde, interessiert die Käufer kaum. Hauptsache, er ist billig.

Tarifikämpfe bei den Stromerzeugern sind also angesagt. Der Preiserfall wird einige inländische Anbieter in Nöte bringen, Fusionswellen auslösen und zu Entlassungen führen. Für die Kernkraftwerke könnte sich der Tarifwettbewerb ausserdem negativ auf die Sicherheit auswirken. Während die älteren Werke Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg ihre Inve-

stitionen mittlerweile hereingeholt haben und Gösgen innerhalb der Schweiz am rentabelsten arbeitet, ist die neuste Zentrale in Leibstadt alles andere als profitabel. Die Möglichkeit, dass Leibstadt als erstes Kernkraftwerk vom Markt gedrängt wird, ist somit gegeben. Aus sicherheitstechnischen Gründen wäre dies jedoch alles andere als wünschenswert, denn verglichen mit den übrigen Anlagen ist Leibstadt auf dem modernsten Stand.

Falsches Zeichen

Tiefe Strompreise fördern auch die Energieverschwendung. Damit wird ein falsches Zeichen gesetzt, muss es doch im Interesse aller sein, in erster Linie Energie zu sparen und zweitens vermehrt aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Dies aus ökologischen, sozialen wie ökonomischen Gründen: Die ganz allgemein tiefen Energiepreise vernachlässigen nämlich die Kosten, die der Energieverbrauch an Luftverschmutzung, Erkrankungen, Pflanzenschäden, Klimaveränderung oder atomaren Risiken verursacht. Eine Studie des Bundesamtes für Konjunkturfragen kam 1996 zum Schluss, dass diese ungedeckten Energiekosten sich jährlich auf mindestens 7 Milliarden Franken belaufen. Vergessen wird auch, dass einzelne Energieträger subventioniert werden, Beispiel Atomenergie: Hier übernimmt der Staat und damit der Steuerzahler das Restrisiko. «Eine völlig verzerrte Situation», meinte Marc F. Suter, FDP-Nationalrat, in einem Interview in der Bilanz Ökobau vom Februar 99. «Ein Spengler kann die Haftung auch nicht einfach auf den Staat abwälzen, wenn ein Leitungsrohr platzt.» Suter vertritt daher die Ansicht, die Aufwendungen für die Forschung und die Haftung der Atomstromproduktion sollten durch die Wirtschaft getragen werden. Die Kosten würden sich im Preis niederschlagen, damit würden AKWs unrentabel.

Modelle für Energieabgaben

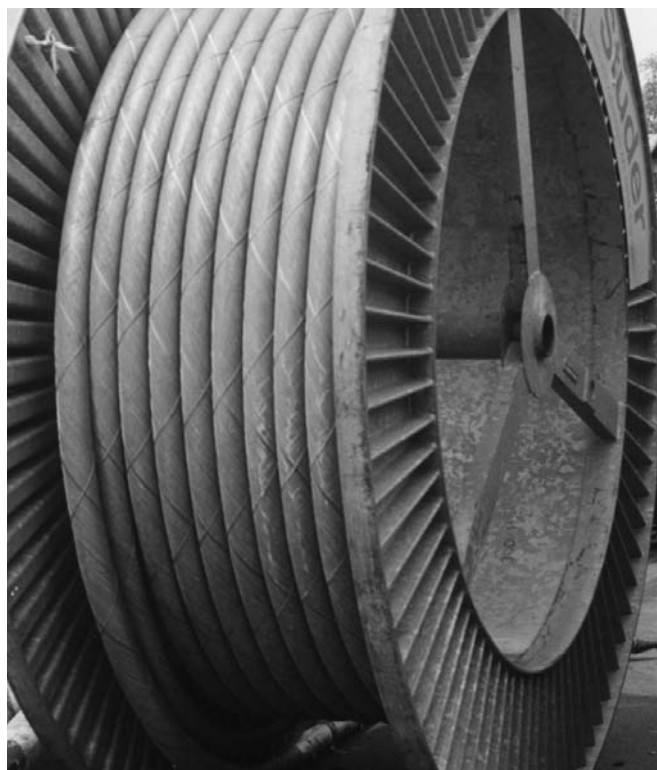
Die Idee, mit einer Energieabgabe einen Richtungswechsel in der bisherigen Energiepolitik zu vollziehen, besteht schon länger. Welches Modell aber «das richtige» ist, darüber können sich die Politiker nicht einigen. Zwei unterschiedliche Grundkonzeptionen stehen sich gegenüber: Die zweckgebundene Energieabgabe ist eine Lenkungsabgabe, bei der die Erträge aus der Energieverteuerung für energetische Investitionen eingesetzt werden. Eine Vertreterin dieser Konzeption ist die Solarinitiative. Sie

Buchtip:

Ernst Ulrich von Weizsäcker hat zusammen mit Amory und Hunter Lovins das Buch «Faktor Vier» geschrieben. Er zeigt damit das Konzept einer zukunftssicheren, umweltschonenden und dennoch profitorientierten Wirtschaftspolitik auf. Die Formel für die Umsetzung des Konzepts heisst «Faktor Vier»: Wird der Naturverbrauch halbiert, verdoppelt sich der verteilbare Wohlstand und es kommt zu einem deutlich spürbaren Zuwachs an Lebensqualität.

Das Buch ist keine theoretische Abhandlung, im Gegenteil. Anhand zahlreicher Beispiele stellen die Autoren in leicht verständlicher Sprache ihre Ideen vor.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Verlag Droemer/Knaur München, 1997, 19 Franken.



kommt die Energiewende?

schlägt eine Energieabgabe von 0,1 bis max. 0,5 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) auf nicht erneuerbare Energien vor. Mit dem Ertrag sollen erneuerbare Energien sowie rationelle Energieverwendungen gefördert werden. Die andere Art von Energieabgabe ist die ökologische Steuerreform. Auch sie verteuert die Energie, die Erträge werden aber an Haushalte und Unternehmen zurückerstattet. Konkret sollen die Einnahmen zur Senkung von Lohnnebenkosten und für die Verbilligung der Sozialversicherungsprämien der Haushalte eingesetzt werden. Die Energiesteuer würde so dazu dienen, bisherige Steuern und Abgaben zu ersetzen. Die Energie-Umwelt-Initiative verfolgt genau dieses Ziel, ebenso die Initiative der Grünen Partei «Energie statt Arbeit besteuern». Letztere schlägt die schrittweise Einführung einer Abgabe auf nicht erneuerbare Energien vor. Mit den Einnahmen will sie ein tieferes AHV-Alter berappen und die Lohnnebenkosten senken, was langfristig den Faktor Arbeit verbilligen soll.

Drei Förderbereiche

Diverse Vorschläge liegen bereit – noch hat man sich auf keinen geeinigt. Die Umsetzung eines Modells wird entsprechend lange auf sich warten lassen. Immerhin hat im Sommer 1998 der Nationalrat mit 98:59 Stimmen einen Energieabgabebeschluss verabschiedet, der eine konkrete Umsetzung einer Energielenkungsabgabe beinhaltet. Der Ständerat seinerseits hat mit dem Beschluss, die Energie, befristet auf 10 Jahre, mit 0,2 Rappen pro kWh zu belasten, die Grundlage geliefert, dass beide Projekte verschmolzen werden können.

Die Energieabgabe im Sinne des Nationalrats sieht wie folgt aus: Die nichterneuerbaren Energien (Atomstrom, fossile Energieträger wie Heizöl oder Treibstoff) werden mit einer Abgabe von 0,6 Rappen pro kWh verteuert. Der Ertrag (gemäss Nationalrat ca. 950 Mio. Franken jährlich) wird für drei Bereiche eingesetzt. Erstens sollen erneuerbare Energien wie Solar und Holz gefördert werden. Zweitens wird in die rationelle Energieverwendung und in die Verbesserung der Energieeffizienz investiert. Drittens will er einen Teil des Geldes für die Erneuerung der bestehenden Wasserkraftwerke einsetzen.

Am Wissen fehlt es nicht

Jetzt müsste es aber vorwärtsgehen. Die Zeit eilt, sowohl aus ethischen und klimatischen aber

auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wird die Energie teurer, steigt automatisch die Nachfrage nach Energiespartechiken. Hauptverantwortlich für den hohen Energieverbrauch sind nach wie vor Verluste bei Umwandlung in Wärme, Kraft und Licht. An Wissen um energetische Effizienz fehlt es nicht. Sowohl das Drei-Liter-Auto wie das Passivhaus und der Kühlschrank, der nur 0,45 kWh/l verbraucht, sind bereits erfunden. Ganz allgemein liegt der durchschnittliche Energieverbrauch bei Haushaltgeräten um den Faktor zwei bis vier über dem technisch Machbaren. Weil die Energie aber zu billig ist, fehlte bisher der Anreiz, die beste Technik konsequent einzusetzen.

Für uns Konsumenten bedeuten Einsparmöglichkeiten keinen Komfortverlust. Im Gegenteil: In ihrem Buch «Faktor Vier» zeigen Ernst Ulrich von Weizsäcker und seine Koautoren, dass ein halbiertes Naturverbrauchen nicht nur eine Verdoppelung des Wohlstands garantiert, sondern auch zu einem spürbaren Zuwachs an Lebensqualität führt (vergl. Kasten)

Neue Arbeitsplätze

Sind effiziente Techniken gefragt, wirkt sich das positiv auf unsere Wirtschaft aus: Das im Bereich der Gebäudesanierung tätige Gewerbe boomt, und neue Anbieter von sparsamen Haushaltgeräten kommen auf den Markt. Allein die Fördermassnahmen der Energieabgabe nach dem Muster des Nationalrats sollen während der nächsten 20 Jahre zwischen 20 000 und 30 000 Arbeitsplätze schaffen. Erfreuliche Nebenwirkungen: Die Arbeitslosenversicherung würde entlastet. Ausserdem liesse sich das im Effizienzbereich entwickelte Know how ins Ausland verkaufen. Allerdings kennen sowohl Schweden wie Dänemark und die Niederlande bereits Energiesteuern, sind uns also eine Nasenlänge voraus. Auch aus diesem Grund müssen wir uns spüten. Eine Energieabgabe hätte weiter zur Folge, dass der Einsatz von erneuerbaren Energien wie Holz oder Sonne rentabler und weiter entwickelt würde. Gleichzeitig nähme der Energieverbrauch pro Kopf stetig ab.

Mit weniger mehr verdienen

Wenn aber der Bedarf an Energie abnimmt, alles darauf abzielt, Energie zu sparen, was geschieht dann mit den Energieversorgungsunternehmen? Bisher galt für die Produzenten: Je mehr verkauft wird, umso höher der Gewinn. Dieser

Mechanismus muss bei einem System, das einen möglichst geringen Energieverbrauch anstrebt, durchbrochen werden. Mehr Strom zu produzieren, macht noch aus einem anderen Grund keinen Sinn: Es besteht bereits ein Überangebot, das mit der Liberalisierung vorübergehend wohl zunimmt. Der Anreiz, den Gewinn zu erhöhen, muss also ein anderer als die Produktivitätssteigerung sein. Die Lösung liegt auf der Hand: Produktivitätsminderung! Dass die Produzenten mit Energiesparen Geld verdienen könnten, ist realistisch. Eine Idee, das Einsparcontracting, sieht vor, dass die Produzenten ihre Kunden beraten, wo und wie sie Energie sparen könnten. Selbstverständlich lassen sie sich diese Beratung bezahlen, streichen somit einen gewissen Prozentsatz des Einsparerfolges ihres Kunden ein. Die Unternehmen könnten ihren Kunden auch eigene Installateure und Manager zur Verfügung stellen. Wenn die Elektrizitätswerke tatsächlich privatisiert werden, wie es sich abzeichnet, besteht weiter die Möglichkeit, sich an Firmen zu beteiligen, die beispielsweise energieeffiziente Geräte herstellen. Oder warum nicht eigene Produkte anbieten, bei Bedarf diese auch leasen, das heisst aufstellen und betreiben, so dass der Kunde nichts damit zu tun hat? Positiver Nebeneffekt: Durch die Energieeinsparungen werden neue Kraftwerke überflüssig, die Kapitalkosten sinken.

Auf lokaler Ebene handeln

Auch wenn diese Entwicklungen die Schweiz als Ganzes betreffen, so denke ich, können und sollen daraus sehr wohl Schlüsse auf lokaler Ebene gezogen werden. Bereits heute kann sich das Gewerbe Gedanken über Energiesparmöglichkeiten machen. Sei das, indem es den eigenen Betrieb auf seine Effizienz hin überprüft, oder dass es sein Produkt energetisch zu optimieren versucht. Das braucht Zeit, Zeit, die jetzt noch vorhanden ist und die – will man am Tag X dabei sein – genutzt werden sollte.

Auch die Stadt könnte wohl eine Promoterfunktion übernehmen, indem sie beispielsweise Solaranlagen errichtet, dem energieeffizientesten Unternehmen einen Preis verleiht, ihre Liegenschaften energetisch saniert etc. Das bedeutet Wirtschaftsförderung zum einem, Umweltmassnahmen zum anderen – beides unerlässlich, um Uster als Wohn- und Arbeitsort zu propagieren.

SP Uster feierte ein rauschendes Fest

Rock'n'Roll und Flower Power

Dass die SP nicht nur eine Partei ist, die zu politisieren und zu argumentieren weiss, sondern auch eine, die es versteht zu festen, hat sie schon oft bewiesen. Letztmals am 10. April im Saal des Restaurants Sonne, als rund 80 SPU-Mitglieder mit Flowerpower, Rock'n'Roll, Grussbotschaften von GenossInnen aus vielen Ländern der Erde ein rauschendes Fest feierten, zu Klassikern der Sixties und Seventees das Tanzbein schwingen und für einmal die grosse und die kleine Politik vergassen ...



Fotos

Flo-



FORUM-



Als



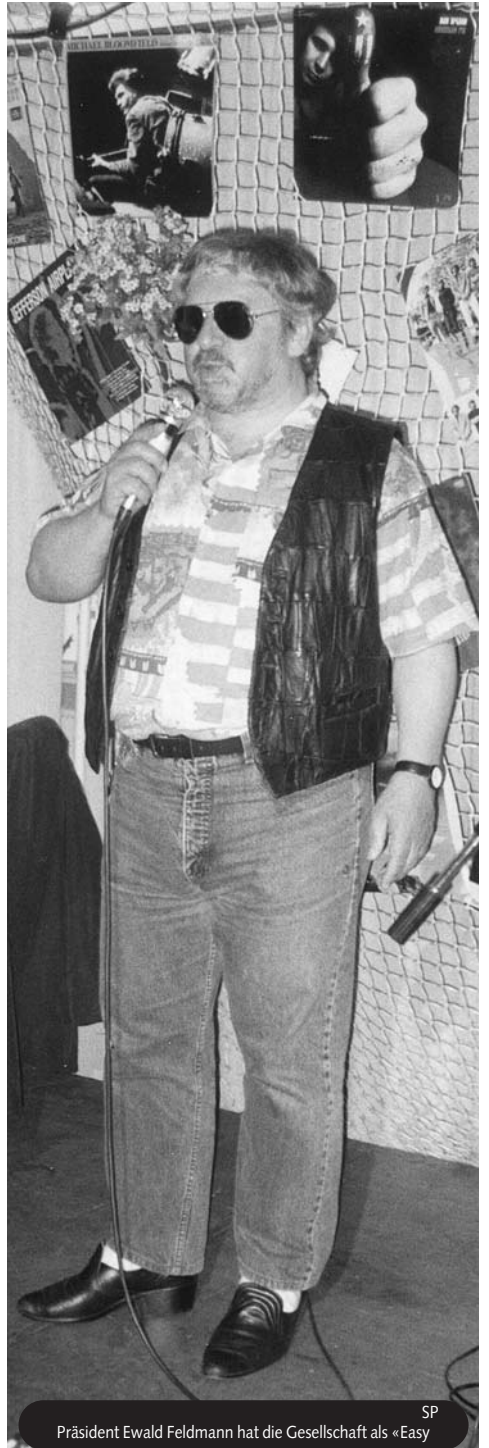
Flo-
wer Power Sound mit Ernesto Vögeli und



Unter
Führung von Felice Baumgartner gerät Peter



Der



SP
Präsident Ewald Feldmann hat die Gesellschaft als «Easy

Prof. Rüdüsühli zum Thema Energiesparen

Professor Rüdüsühli's Spartipps



Von der Strommarktliberalisierung und der Ökosteuer ist die Rede. Thema ist also auch das Sparen. Und da hat man in den letzten Jahren ja von den tollsten Ideen gehört: vom legendären Ogischen Eierkochsparprogramm bis hin zu raffinierten Mehrfachrecyclingverfahren. Auch Professor Rüdüsühli ist ein Meister des Sich-Einschränkens. Im Gespräch mit Forum verrät er seine ganz privaten Spartipps.

FORUM: Professor Rüdüsühli, welches ist Ihr persönlicher Beitrag zum verantwortungsvollen Umgang mit unserer Energie?

Professor Rüdüsühli (kommt gleich in Fahrt): Also die Pastakocherei zum Beispiel, wie sie von den meisten Bürgerinnen und Bürgern praktiziert wird, geht mir schon lange auf die Nerven: für mich ein Exempel von Verschwendung schlechthin. Die Spaghetti werden einfach ins Löcherbecken gekippt, und das mit wertvollem Salz versehene, energiegeladene heisse Wasser geht ab auf Nimmerwiedersehen und verbrüht wenn möglich noch Spinnen und Käfer im Abguss. Grausam, das nur nebenbei. Ich halte es so: Jedesmal wenn ich Pasta koche, nehme ich anschliessend im abgeleerten Wasser ein heisses Salzbad. Ich erspare mir so auch die Fahrt ans Meer.

FORUM: Ist das nicht ein etwas bescheidener Sparbeitrag?

Professor Rüdüsühli: Denken Sie an die vielen Haushalte und rechnen Sie! Oder denken Sie an den Pastaverschleiss der Italiener. Aber die sind ja sowieso Verschwender. Wissen Sie, was ich einmal auf einer Zugreise von Napoli nach Messina erlebt habe? Unglaublich. Ich trank eine Cola und entsorgte die Alubüchse ordnungsgemäss im Abfallkörbchen. Mein Gegenüber, ein junger Sizilianer, belehrte mich eines Besseren. «Non si fa così», sagte er, klaubte die Büchse wieder heraus und warf sie aus dem Fenster. Ich verehre sonst die Italiener, das wissen Sie, aber dieses Verhalten hat mir schon zu denken gegeben.

FORUM: Wie halten Sie es denn mit Alu?

Professor Rüdüsühli: Seit diesem Erlebnis bin ich

noch rigoroser. Ich entsorge diesen Müll nicht einmal mehr, wie ich das früher getan habe, weil das Recycling von Aluminium ja auch sehr viel Energie frisst. Ich bin zur direkten Wiederverwertung übergegangen.

FORUM: Das heisst?

Professor Rüdüsühli: Ich habe mir aus Alu-Dosen ein schönes Gartenhaus gebaut, was übrigens auch etwas fürs Gemüt ist. Wenn ich in meinem Refugium bei Tee und Kuchen sitze und es regnet, dann geniesse ich ein Regentropfenkonzert der wunderbarsten Töne. Je nach Büchse, auf denen die Tropfen aufschlagen, hört sich das ganz unterschiedlich an. Am heitersten ist Fanta – und Red Bull. Das Erleben ist schöner als einst im Pfadizelt. Ich entspanne mich dabei und erspare mir teure Outdoor-Seminare. Kritiker halten mir entgegen, ich kokettierte in meinem Alu-Häuschen mit den Armutsvierteln grosser Städte, mein romantisches Gebaren sei arrogant. Ich lasse mich aber nicht irritieren.

FORUM: So.

Professor Rüdüsühli: Was mich aber irritiert, ist der fahrlässige Umgang mit Strom in den Haushalten, das Lichterlöschen, wenn Sie verstehen, was ich meine. Die Häuserzeilen brennen lichterloh, nicht zum Mitansetzen. Bei mir ist, wenn es nicht sein muss, kein Lämpchen in Betrieb. Ich lese am Tag, wenn Gottes Sonne mir Licht zur Lektüre schenkt. Nachts tappe ich im Dunkeln. Ganz langsam schleiche ich mit andächtigen Bewegungen durch meine Wohnung. Das ist dann wie Thai Chi – und wieder habe ich ein Kürslein gespart. Nur gerade zum Biseln brauche ich eine Kerze, weil es die Putzfrau so wünscht.

FORUM: Und wie halten Sie es mit den energiefressenden Haushaltmaschinen?

Professor Rüdüsühli: Sie sind das Schlimmste, nicht nur wegen des Stromverbrauchs, sondern weil sie einem vermeintlich das Leben erleichtern. In Wahrheit erschweren sie es. Die Instandhaltung des gesamten Maschinenparks raubt eine Menge Lebensenergie und Zeit. Ich weiss, wovon ich rede. Bevor ich auf den Ökozug aufgesprungen bin, gab es kaum ein Gerät, das ich nicht besass: Mixer, elektrisches Fleischmesser, Mikrowellenofen, Nasenhaarschneider, Waschmaschine und und und. Dann habe ich mit meinem Technopark Tabula rasa gemacht. Seither lebe ich wie ein Indiander, in Einklang

mit meinem ökologischen Gewissen. Ich gebrauche wieder meine Hände, mache alles selber. Bis auf die Wäsche: die gebe ich Muttern.

Mein Self-made-Dasein hat mich übrigens ausgeklügelte Synergien entdecken lassen. Möchten Sie wissen, wie ich Rahm schlage?

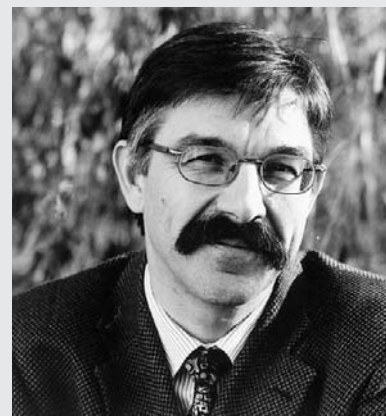
FORUM: Schiessen Sie los!

Professor Rüdüsühli: Ich befestige den mit Rahm gefüllten, dichten Behälter an den Speichen meines Fahrrades – ganz aussen, das ist wichtig – und fahre dreimal ums Haus. Für Butter braucht's fünf Runden. Die Nachbarn halten mich deswegen für gaga, aber es hindert sie nicht, bei mir garnierte Erdbeertörtchen zu essen. Sollen sie denken, was sie wollen. Ich lasse meine Rahmschleuder auf jeden Fall bei Betty Bossy patentieren.

Interview: Rolf Murbach

In letzter Minute...

Kurz vor Druckbeginn dieser FORUM-Nummer hat uns die Nachricht erreicht, dass die SP-Kantonsratsfraktion Martin Bornhauser (Nänikon) für das 2. Vizepräsidium des Kantonsrates nominiert hat. Seine Wahl im Kantonsrat gilt als sicher. Somit wird im Amtsjahr 2001/2002 ein Mitglied der SP Uster «höchster Zürcher». Die FORUM-Redaktion gratuliert Martin herzlich zu dieser grossen Ehre und wird bei passender Gelegenheit nochmals auf diese Nomination zurückkommen.



Niedrigenergiehäuser: Ein paar Beispiele aus Uster

Architektur, Ökologie und Ökonomie unter einem Dach



Spätestens seit der Erdölkrise wissen wir, dass Ressourcen und Energie begrenzte Güter sind. Mit dem Bewusstseinswandel wuchsen die Bestrebungen in vielen Bereichen, den Energieverbrauch zu drosseln, so auch im Hausbau. Erst seit wenigen Jahren allerdings stehen technisches Know-how und Prototypen für eine breitere Anwendung zur Verfügung und auch hier steckt noch vieles in den Kinderschuhen, was entsprechende Kinderkrankheiten mit sich bringt. Trotzdem lohnt es sich, bereits realisierte Beispiele zu untersuchen, um so dem Pioniergeist zum Durchbruch zu verhelfen und den Markt auf die Seite des ökologischen Bewusstseins zu bringen. Heute ist es möglich, ein Haus mit praktisch Null nichterneuerbarer Energie zu betreiben.

Von Barbara Thalmann, Architektin ETH

Das Zehnfamilienhaus «Focus» am Talweg in Uster ist ein Musterobjekt des vom Bund geförderten Aktionsprogramms «Energie 2000 Öko-Bau». Von allem Anfang an stand die Reduktion des Energie- und Wasserverbrauch im Vordergrund. Grundlegender Entscheid war die Gebäudeform als kompakten, gegen Süden ausgerichteter Körper auszubilden. Mit einer Fassadenisolation von 20 Zentimetern aus Altpapierzellulose, einer Dachisolation von 30 Zentimetern aus recyceltem Polystyrol und hochwertigen Fenstern mit speziellen Verglasungen werden die Wärmeverluste möglichst niedrig gehalten. Über die grossen Südfenster kann die Wärme mittels einer Lüftungsanlage auch in den Nordräumen verteilt werden. Im Keller ist die zentrale Ersatzluftanlage mit 80prozentiger Wärmerückgewinnung installiert. Die Frischluft wird über erdverlegte Rohre vorgewärmt. In jeder Wohnung kann die Luft individuell auf die gewünschte Temperatur nachgewärmt werden. Sonnenkollektoren auf dem Dach unterstützen die Warmwasseraufbereitung. Entstanden ist so ein Wohnhaus für zehn Familien, das mit einer Gasheizung eines Einfamilienhauses auskommt.

Auch der Wasserverbrauch konnte dank wassersparenden Armaturen und dem Einbau von

WC-Spülungen, die statt mit den üblichen neun Litern pro Spülung mit 3,5 Litern auskommen, von 170 auf 90 Liter pro Tag und Person gesenkt werden. Eine der Wohnungen ist gar mit einem Kompost-WC ausgerüstet, das kaum Abwässer, sondern nur etwas Mist für den Kompost produziert. Das Bade- und Duschwasser wird im Keller in grossen Tanks gesammelt und unterstützt die Trocknung der Wäsche.

Weitere Massnahmen wie die Verwendung ökologischer Baumaterialien und Produkte, optimaler Anschluss an den öffentlichen Verkehr oder möglichst wenig Autoabstellflächen

gehören ebenfalls zum Konzept des Niedrigenergiehauses. Schliesslich entscheidet auch die Grundhaltung der Bewohner und Bewohnerinnen über die Höhe des Energieverbrauchs. Anzumerken ist, dass sich die Baukosten des Gebäudes im Rahmen der Richtlinien des Wohn- und Eigentumförderungsgesetzes bewegten und damit zeigen, dass ökologisches Bauen durchaus marktfähig ist.

Variabel zusammenstellbar

Ein weiteres Beispiel zum Thema findet sich an der Wagerenstrasse als Kleinsiedlung von Niedrigenergiehäusern, genannt «Living-Box», der



Heute ist es möglich, ein Haus mit praktisch Null nichterneuerbarer Energie zu betreiben.

allerdings noch drei Reihenhäuser zur Vollständigkeit fehlen. Die Grundidee war hier, ein modernes, wandelbares Systemhaus zu entwickeln, das den hohen Massstäben von Architektur, Ökologie und Ökonomie zu entsprechen vermag. Die Architekten entwarfen in enger Zusammenarbeit mit dem Holzbauer und den Fachplanern ein System, aus dem sich aus einer Anzahl Grundmodulen unterschiedliche Haustypen zusammenstellen lassen. Je nach Topographie, Besonnung und den Wünschen der Bauträgerschaft kann das im Werk vorfabrizierte Holzhaus in kurzer Zeit aufgestellt werden.

Auch in diesem Fall spielt die kompakte Gebäudeform und die Ausrichtung des Hauses gegen Süden eine grosse Rolle, denn der Energiebedarf wird zu weiten Teilen durch passive Sonnenenergie gedeckt. Sonnenkollektoren, Fotovoltaik und Speichereinheiten nutzen die aktive Sonnenenergie. Die Häuser unterschreiten die Energiekennzahl, die für die Bezeichnung Niedrigenergiehaus erforderlich ist, markant.

Haus aus der Pionierzeit

Beide vorgestellten Beispiele sind eher neueren Datums, stammen sie doch aus den Jahren 1996/1997. Ein etwas älteres Haus steht in Wermatswil. Entworfen und gebaut hat es der verstorbene Architekt Otto Kolb im Jahre 1982. Seine Idee war es, mit einem kreisrunden, rundum verglasten Gebäude den Lauf der Sonne optimal auszunutzen. Wandabschnitte aus Natursteinen dienen als Wärmespeicher und ein Teich im Wohnraum reguliert den Staub und die Luftfeuchtigkeit.

Noch tief in der Pionierzeit der Solarhausentwicklung steckend, mussten praktisch alle technischen Einrichtungen wie Heizung, Wärmege-winnung oder Speicherung selbst erfunden werden. Der Hausbau gestaltete sich als wahres Experiment, das sich allerdings als äusserst interessantes architektonisches Objekt entpuppte.

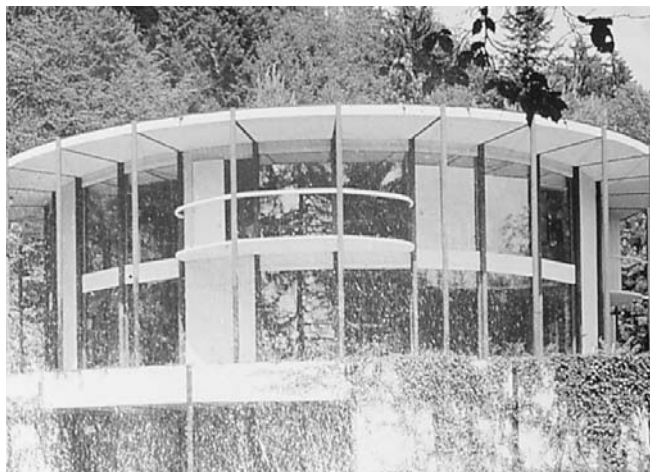
Auch die neueren, vorgängig besprochenen Bauten dürfen als architektonisch beispielhaft bewertet werden und stimmen zuversichtlich, dass Niedrigenergie mit Ästhetik, Komfort, gemeinschaftlichem Wohnen, finanziellen Ansprüchen etc. zu vereinen ist. Hoffen wir, dass Ökologie in der Architektur zur Selbstverständlichkeit wird.



*Niedrigenergiehaus
am Talweg*



*Living Box an der
Wagernstrasse*



*Niedrigenergiehaus
in Wermatswil*

Abstimmungen vom 13. Juni 1999:

Die Parolen der SP Uster

BUND

Ja zur Mutterschaftsversicherung: Weil sie finanzierbar ist und weil damit ein über 50 Jahre altes Versprechen gegenüber den Frauen und den Familien eingelöst wird und ein altes sozialpolitisches Postulat der SP erfüllt wird.

Nein zum Asylgesetz: Weil eine Verschärfung des Asylgesetzes in erster Linie jene trifft, die wirklich auf der Flucht vor Verfolgung sind.

Nein zum Dringlichen Bundesbeschluss Asyl: Weil gerade der Kosovo-Krieg zeigt, dass auch heute noch eine humane Flüchtlingspolitik von Nöten ist.

Ja zur erweiterten Heroinabgabe: Weil sie massgeblich dazu beigetragen hat, dass die Schweiz das einzige Land in Europa ist, dessen Zahl der Drogentoten in den vergangenen Jahren gesunken ist.

Nein zur Abschaffung der IV-Viertelsrente: Weil bei einer Abschaffung die finanziellen Möglichkeiten und damit die Lebensqualität von Invaliden mit einer geringeren – aber nun mal vorhandenen – Behinderung massiv eingeschränkt wird.

KANTON

Ja zur Volksinitiative «Verbilligung der Krankenkassenprämien»

Nein zum Gegenvorschlag «Einführungsgesetz KVG»: Weil das Krankenversicherungsgesetz nicht als Sparrmassnahme missbraucht werden darf, weil mit der Initiative mehr Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen geholfen werden kann und weil der «Gegenvorschlag» blanker Etikettenschwundel ist und das Bestehende sogar verschlechtert.

Nein zum Mittelschulgesetz: Weil damit der Subventionierung privater – und oft konfessioneller – Schulen Tür und Tor geöffnet wird und somit die Chancengleichheit für Kinder aus weniger begüterten Familien klar gemindert wird.

Ja zur Totalrevision der Kantonsverfassung (Entscheid zur Einleitung des Verfahrens): Weil unsere Verfassung nach 140 Jahren lückenhaft, unsystematisch und teilweise schwer bis gar nicht mehr verständlich ist.

Ja zur Wahl von Lehrpersonen (Änderung Kantonsverfassung): Weil damit auf Verfassungsebene nachvollzogen wird, was auf Gesetzesebene von links bis rechts unbestritten war.

Ja zum Gesetz über die Offenlegung der Interessen von RichterInnen: Weil damit für mehr Transparenz auch in der Justiz gesorgt wird.

Nein zur Volksinitiative «Durchsetzung der Direkten Demokratie» (Gemeinden)

Nein zur Volksinitiative «Durchsetzung der Direkten Demokratie» (Kanton): Weil sich die beiden Initiativen als untaugliches Mittel zum Erreichen des Zieles – schnellere Behandlung von Initiativen – erwiesen haben.

STADT USTER

Nein zur Privatisierung der Städtischen Werke (Änderung Gemeindeordnung): Weil das Personal nicht durch einen Gesamtarbeitsvertrag geschützt und Volk und Parlament durch die Privatisierung jegliche Mitsprache in ökologischer, sozial- oder energiepolitischer Hinsicht verlieren (vgl. Seite 3).

Ja zur Oberstufenschulreform (Einführung «Dreiteilige Sekundarschule»): Weil sie eine grössere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Niveaus in der Oberstufe bringt und in der Handhabung einfacher als das andere mögliche Modell – die «Gegliederte Sekundarschule» – ist (vgl. Seite 11).

Kommentar zu den Wahlen vom 18. April

Schwarzer Sonntag

Der 18. April war ein Tag für die SVP: 22 Sitzgewinne im Kanton Zürich, vornehmlich auf Kosten anderer Rechtsparteien und der FDP. Aber auch die SP musste – trotz Wählerzuwachs – Haare lassen, mehr noch der LdU und die Grünen.

Was bedeutet dieser Rechtsrutsch für den Kanton Zürich? Er bedeutet, dass die SVP Kraft ihrer Sitze jedes Gesetz, jede Kreditvorlage, alles was ihr nicht passt, an die Urne bringen kann. Für eine Nein-Sager-Partei verlockende Aussichten. Es drohen Zustände, wie in der Stadt Zürich, wo Urnengänge durchgeführt werden müssen, die mehr Kosten verursachen, als der Betrag, um welchen es eigentlich geht (Stichwort Kontaktnetz für Kosovoalbaner, Projekt Herrmann, Frauenzentrum). Er bedeutet, dass die SVP in allen Kommissionen ein gewichtiges Wort mitzureden hat, er bedeutet, dass sie künftig im bürgerlichen Lager den Ton angibt. Rutsch die FDP wegen den massiven Verlusten nach rechts, so können diese beide Parteien künftig den Kurs in der kantonalzürcherischen Politik alleine bestimmen.

Was bedeutet das Wahlergebnis für die Linke, was für die SP? Zu denken geben muss der SP, dass sie zwar in allen Bezirken mehr Stimmen machte als 1995, aber ausgerechnet in ihren früheren Hochburgen in der Stadt Zürich (Kreise 4/5, 3/9, 11/12) Stimmanteile verloren hat. Das heisst, dass die SP in Zukunft nicht nur versuchen muss, in der Mitte neue WählerInnen zu gewinnen, sondern sich auch wieder verstärkt um ihre klassische Klientel, die «kleinen Leute» kümmern muss. Dabei darf sie aber nicht die SVP kopieren – «Puurezmorge» und «Seniorenachmittage» können nicht der Stil der SP sein –, sie muss eigene Wege finden, wie sie wieder enger am Puls der Menschen ist.

Weiter muss sich die SP überlegen, ob sie die Zusammenarbeit mit den Mitteparteien fortsetzen will. Diese Zusammenarbeit ist, davon bin ich überzeugt, strategisch richtig, doch es darf keine Zusammenarbeit um jeden Preis sein. Dies muss sich in Zukunft insbesondere auch bei Listenverbindungen zeigen: Hätten beispielsweise im Bezirk Uster die Grünen und die SP ihre Listenverbindung von 1995 erneuert, so wäre es bei fünf Sitzen im roten Lager und vier Sitzen der SVP geblieben. Weil die Grünen aber völlig unrealistisch (minus 5 Prozent Wähleranteil!) von einem zweiten Sitz träumten, ging einer der roten Sitze an die SVP verloren, und Crista Weisshaupt, eine verdiente Kantonsrätin musste ihren Sitz räumen. Die Grünen und die anderen Mitteparteien müssen sich künftig überlegen, wo sie die Sitze lieber sehen: Bei der SVP oder immerhin im eigenen Lager bei der SP.

Fürsorgepräsidium

Auch bei den Wahlen für das Ustermer Fürsorgepräsidium reichte es für den SP-Kandidaten Bruno Schwarz nicht. Die Gründe dafür sind aus meiner Sicht drei:

- Durch die Abstimmung über die Bundesverfassung wurde – dies zeigt das Abstimmungsergebnis und die Kantonsratswahlen – das rechte Wählerspektrum sehr viel besser mobilisiert, als dasjenige in der Mitte und Links. Und die Rechtsparteien unterstützten nun einmal geschlossen den Kandidaten der EVP.
- Durch die Verschiebung des Wahlganges von Anfang Februar auf Mitte April wurde die Wahl gänzlich von den Kantonsrats- und Regierungsratswahlen überdeckt. Es gelang der SP in dieser Situation offenbar nicht genügend, die Vorteile von Bruno Schwarz in den Vordergrund zu streichen.
- Und schliesslich fällt es noch immer vielen bürgerlichen WählerInnen schwer, einen Sozialdemokraten zu wählen, auch wenn dieser – wie die, wohlverstandenen bürgerliche, NZZ schrieb – für das ausgeschriebene Amt die unzweifelhaft bessere fachliche Qualifikation mitbringt.

Doch genug der schlechten Nachrichten – oder doch noch eine: im Kanton Baselland schaffte Andres Klein, ehemaliges Mitglied der SP Uster, die Wahl in den Regierungsrat wegen des hervorragend spielenden Bürgerblockes ebenfalls nicht –, es gilt nach vorne zu schauen: Ich hoffe, dass das Wahlergebnis vom 18. April zeigt, dass der Rechtsrutsch viele linke aber auch liberale Menschen aufrüttelt, dass sie sich nicht nur damit begnügen, allenfalls Mitglied einer Partei zu sein und die Arbeit den Vorständen und den Behördenmitgliedern überlassen. Ich hoffe, dass wir alle gemerkt haben, dass sich ein solches Resultat bei den Nationalratswahlen im Herbst nicht wiederholen darf und wir alle an einem Strang ziehen werden, um einen Rechtsrutsch auf Bundesebene zu verhindern.
Stefan Feldmann

Für das neue Schulmodell «Dreiteilige Sekundarschule»

A, B und C statt e, m, und g



Wenn es nach dem Willen der Schulpflege und dem Gemeinderat geht, wird im Schuljahr 2000/2001 die Dreiteilige Sekundarschule eingeführt. Auch die SP ist für das neue

Modell. Das letzte Wort hat aber der Souverän: Am 13. Juni kommt die Vorlage vors Volk.

Von Dagmar Anderes

Bis zum Jahr 2000 muss sich jede Schulgemeinde des Kantons Zürich für eine von zwei neuen Schulmodellen entscheiden. Zur Wahl stehen die «Dreiteilige Sekundarschule» und die «Gegliederte Sekundarschule». Die Oberstufenschulpflege Uster schlug dem Gemeinderat die Einführung der Dreiteiligen Sekundarschule vor. Da letzterer dem Antrag zustimmte, kommt nun allein dieses Modell vors Volk. Das heisst, die Ustermer können nicht zwischen den beiden Formen wählen; sie können lediglich die Dreiteilige Sekundarschule ablehnen, und sich so indirekt für die andere Variante aussprechen. Ein Grund, ein «Nein» in die Urne zu werfen, besteht jedoch nicht.

Die beiden Modelle

Die SP Uster hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Das hiess vorerst, die beiden Modelle kennenzulernen und zu vergleichen: An der Gegliederten Sekundarschule werden zwei Stammklassen gebildet, eine mit erweiterten Anforderungen (E) und eine mit grundlegenden Anforderungen (G). Leistungsfähigere Schüler/innen besuchen die Stammklasse E, weniger leistungsfähigere die Stammklasse G. Dazu gibt es in zwei Fächern, in der Regel in Mathematik und Französisch, drei Niveaugruppen: erweitertes (e), mittleres (m) und grundsätzliches (g) Niveau. Das heisst, ein/e Schüler/in kann in der Stammklasse G sein, im Fach Französisch aber das Niveau e besuchen. Einseitig Begabte können so optimal gefördert werden. Etwa die Hälfte der Lektionen finden in der Stammklasse statt, für die eine Klassenlehrperson bestimmt wird.

An der dreiteiligen Sekundarschule wird der Unterricht wie bisher in Abteilungen mit unterschiedlichen Anforderungen unterrichtet. Statt Sek, Real und Oberschule heissen sie neu A, B



In der gegliederten Sekundarschule ist der Kontakt zwischen den Jugendlichen vielfältiger, da die Klassenzusammensetzung variiert.

und C, wobei A die anspruchsvollste ist. Nach wie vor werden die meisten Fächer im Klassenverband unterrichtet.

Gesamtbeurteilung

Für beide Modelle gilt: Es gibt keine Übertrittsprüfungen mehr! Am Ende der Primarschule werden die Schüler/innen aufgrund einer Gesamtbeurteilung durch die 6. Klassenlehrerin, die auch Elterngespräche führt, in die Abteilungen A, B oder C respektive in die Stammklassen E oder G eingeteilt. Die Oberstufenschulpflege entscheidet definitiv über die Zuteilung. Der Entscheid gilt mindestens bis zum ersten Termin, an dem ein Wechsel möglich ist. (Die bisherige Probezeit an der Oberstufe entfällt).

Ein Wechsel in eine andere Abteilung, Stammklasse oder Niveau ist neu drei mal jährlich möglich. Voraussetzung ist ein Antrag einer Lehrperson oder ein Gesuch der Eltern. Den Entscheid trifft letztlich die Schulpflege. Übertrittsprüfungen gibt es auch bei Umstufungen nicht.

Für und Wider

Die SP erkennt – wie auch die Oberstufenschulpflege – bei beiden Modellen Vor- und Nachteile. In der Gegliederten Sekundarschule ist der Kontakt zwischen den Jugendlichen vielfältiger, da die Klassenzusammensetzung variiert. So kommt es auch zu Freundschaften zwischen den Stammklassen G und E. Die drei Niveaus gewährleisten ausserdem die spezifische Förderung der Schüler/innen. Auch bei der Dreiteiligen Sekundarschule können die Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Wie weit dies gelingt, hängt aber vorwiegend von der Lehrperson ab, die individualisierende Massnahmen treffen muss. Bei durchschnittlich zwanzig Schüler/innen keine leichte Aufgabe! Da die Lehrerschaft sich jedoch für die Dreiteilige Sekundarschule ausgesprochen hat, ist anzunehmen, dass sie überzeugt ist, diese Aufgabe zu meistern.

Leichtere Integration

Für die Dreiteilige Sekundarschule spricht hauptsächlich die Schüler/innenstruktur Usters. 1998/99 wurden fünf Oberschulklassen und drei Sonderklassen geführt. Eine Beibehaltung der Dreiteilung scheint daher nötig. Ausserdem ist der Anteil fremdsprachiger Schüler/innen relativ hoch. In einer konstanten Lerngruppe, wie dies bei der Dreiteiligen Sekundarschule der Fall ist, dürfte ihnen die Integration leichter fallen. Verbesserungen gegenüber dem bisherigen System wie neu drei Umstufungstermine pro Jahr, prüfungsfreier Übertritt und keine Probezeit, gewährleistet dieses Modell ebenfalls.

Was die Schulleistungen betrifft, so hat eine Untersuchung des Instituts für Pädagogik an der Universität Bern ergeben, dass sie in beiden Oberstufenformen als gleichwertig angesehen werden kann. Wichtig ist, dass die Lehrerschaft hinter dem Modell steht. Und da diese in Uster die Dreiteilige Sekundarschule befürwortet, macht es nicht zuletzt aus diesem Grund Sinn, für die Dreiteilige Sekundarschule zu stimmen.

Veranstaltungskalender

27.5. Podiumsdiskussion: Zukunft

Welche Zukunft wollen wir?

19.30 Ref. Kirchgern.

Podiumsdiskussion mit Dorothee Jaun, Dr. Lukas Briner und Prof. Hans Ruh über die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz.

28.5. Ausstellung

Kunst aus Altpapier der Künstlerin Katharina Socho

Im Stadthausfoyer

28.5. Disco

DJs Vetti & Guest

21.–2.00 Saal Rest. Sonne

4.6. FilmBar: Kosh ba kosh

von Bakhtiyar Khudoynazarow, Tadschikistan 1993

22.00 Saal Rest. Sonne

Kosh ba Kosh – Neues Spiel, neues Glück: Mira, eine junge Russin kommt in die Hauptstadt Tadschikistans, um ihren Vater zu besuchen, einen Spieler, der oft verliert – und der nun sogar Mira verspielt. Und dies erst noch an einen alten Mann. Doch Daler, ein junger Mitspieler, verliebt sich in Mira und entführt sie einfach in seine schräge Welt. «Kohs ba kosh» ist eine wunderbare, oft heitere, auch völlig ungewöhnliche,



immer grossherzige Lovestory.

5.6. Konzert: Witold Ming: Film ab

CD-Release Tour

20.30 Saal Rest. Sonne

Mundartlieder und Geschichten von Australien und Zürich mit Akkordeon, Didgeridoo, Sax und Kontrabass, kulinarisch untermalt mit Spezialitäten von «Down Under».

11.6. Konzert: Zappenduster

Rockiger Funk aus Uster

21.00 Saal Rest. Sonne

Zappenduster will ans Licht; Zappenduster spielen sockigen Funk, und sie machen dies solide.

Das Repertoire besteht zu 30 Prozent aus Covers und zu 70 Prozent aus Eigenkompositionen. Ein sicherlich spannender Abend.

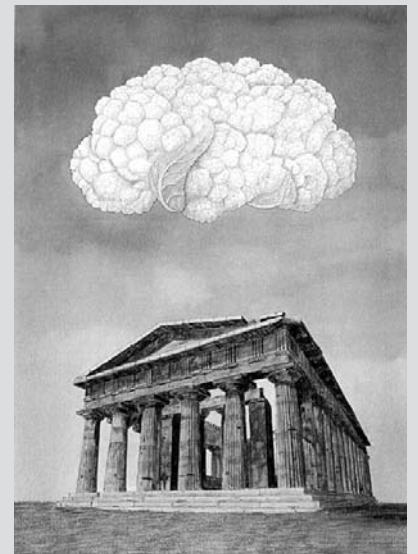


Nach wie vor das Neueste direkt von der Homepage der SP Uster im Internet unter: www.spzuerich.ch/lsbuster/

oder natürlich bei FORUM: www.forumonline.ch

François Tapernoux Aquarelle & Zeichnungen

im Restaurant Sonne
Aathalstrasse
8610 Uster
bis 13. Juni 1999



Am 29. Juni ist die Ladenrenovation abgeschlossen. Das Team freut sich, Sie im erweiterten und neu eingerichteten Öpfelbaum begrüßen zu dürfen.

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:
Montag vormittag geschlossen 14.00–18.30
Di–Fr 9.00–12.30 14.00–18.30
Samstag 9.00 durchgehend bis 16.00

Assicurazione di maternità; una votazione storica

L'articolo di costituzione era stato approvato in una votazione popolare nel 1945 su iniziativa della UDC ma ogni tentativo di realizzazione del decreto, fino ad oggi, ha fallito. Ora l'incarico alla costituzione, vecchio 54 anni, verrà messo in votazione il 13 giugno 99.

In che cosa consiste l'assicurazione di maternità? Prima e dopo il parto le Madri hanno bisogno di una protezione particolare per sé e il bambino. In quel periodo la legge divieta il lavoro alle madri senza però garantirne un compenso salariale. Con l'assicurazione di maternità le donne impiegate nel lavoro hanno diritto del 80% del loro salario durante 14 settimane. La Svizzera e l'ultimo paese d'europa che non conosce l'assicurazione di maternità pur avendola approvata nella costituzione 54 anni fa! Già oggi, datori di lavoro sociali, continuano il pagamento salariale in caso di gravidanza per una durata stabilita nel contratto di lavoro ma per il 60% non c'è nessun regolamento. In questo caso entrerebbe in vigore l'assicurazione di maternità. Il Fondo sussidio di risarcimento (Erwerbsersatzfonds – EO) verrà trasformata in modo da finanziare sia la perdita di salario durante il servizio militare come durante le vacanze di maternità.

L'assicurazione di maternità divide i partiti del consiglio federale. Mentre il Partito Socialista approva questo modello di legge il Partito Popolare e i Liberali si sono espressi contrari. Rimane ancora aperta la Parola del UDC. Nel interno del Partito Liberale si sono formate delle opposizioni soprattutto nelle sezioni della Svizzera tedesca mentre la Svizzera francese si era espressa praticamente in blocco a favore. Alla riunione dei delegati il Partito Popolare invece ha riconfer-



Sarà approvata l'assicurazione di maternità nelle prossime votazioni il 13 giugno?

mato l'opinione contro un'assicurazione di maternità criticando soprattutto il finanziamento previsto.

Per la consigliera federale Ruth Dreifuss questa votazione sarà un test storico per realizzare finalmente l'articolo di costituzione. Con questa assicurazione si protegge la maternità e la famiglia considerando soprattutto il mercato di lavoro

più competitivo,

e si arriverà al livello minimo standard europeo. Oggi la maternità non è protetta abbastanza e molte donne in gravidanza si trovano davanti a problemi finanziari. Come è già il caso del servizio militare dovrebbe essere un'assicurazione sociale anche nel caso di maternità a ridurre la perdita finanziaria. Per la consigliera federale i costi annuali (ca. mezzo miliardo) sono modesti visto che si tratta di un atto di solidarietà verso le madri e le famiglie.

Per il ministro delle finanze Kaspar Villiger, il finanziamento dell'assicurazione non è del tutto senza dubbi perché viene dato un rendimento senza che i mezzi finanziari siano a lungo termine assicurati. Il Fondo sussidio di risarcimento però non sarebbe in pericolo perché i finanziamenti futuri sono trasparenti.

Non ci resta che aspettare il 13 giugno prossimo sperando di non dover aspettare altri 54 anni!

Simonetta Genovese

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 8500

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.–

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Simonetta Genovese, Claudio Marseglia, Valerio Modolo, Carmine Puzo

Stampa: Ropress Zurigo

Nascita di una moneta

altra via d'uscita. Noi siamo convinti che i problemi ci sono e con questa lunga recessione si sono in molti casi accentuati. Per questo associazioni come la nostra hanno ancora un ruolo importante in questa società sia a livello nazionale che quello locale. A livello locale le CLI potrebbero avere senza dubbio un ruolo importante, dovrebbero essere il tramite tra la collettività italiana e le autorità svizzere e da qui parte la necessità di coinvolgere i giovani. A Uster questo ruolo spetterebbe al consiglio della collettività, democraticamente eletto quando si è votato per i comites nel quale siamo presenti con due membri. C'è da augurarsi che questa struttura incontri il favore delle autorità svizzere, in questo caso noi sosteneremo le varie iniziative. Noi continueremo in base alle nostre forze a consolidare i contatti con il PS svizzero, con cui da anni abbiamo rapporti privilegiati, senza trascurare i rapporti con le altre forze politiche che dimostrino la loro disponibilità e senza intralciare il lavoro del consiglio della collettività. Questa ha voluto essere solo una riflessione ad alta voce, che però meriterebbe di essere approfondita, vorremmo solo che le associazioni straniere e in particolare quelle italiane, pur rispettando la propria autonomia si interessassero un pò di più ai bisogni della gente, facendo attività di interesse generale o sostenere coloro che lo fanno, altrimenti i problemi non troveranno mai una soluzione ma diventeranno sempre più difficili e per alcuni senza via d'uscita.

Valerio Modolo

Il 9 aprile 99 alle ore 20.00 presso la Missione Cattolica di Uster, si è tenuta una serata informativa organizzata dalla Colonia Libera Italiana di Uster con l'adesione della Missione Cattolica, AVIS, ACLI, e della CLI di Wetzikon ed avente come oggetto la nascita della moneta unica europea, l'EURO, relatore d'eccezione è stato il signor Franco Jaderosa, consulente finanziario, diplomato in Economia e Commercio presso l'Università di Berna.

Fedele alla linea che nel corso degli anni si è data, la CLI di Uster, ha organizzato questa conferenza coll'intento di rendere edotti gli italiani di Uster su un'evento che nel bene o nel male ci influenzerà negli anni a venire. Grazie alla sua preparazione, il signor Jaderosa ha saputo gestire la serata in maniera sorprendente, ha sviscerato la non facile materia in maniera così semplice da coinvolgere quanti di noi non erano al corrente dei meccanismi che regolano il funzionamento dei tassi di sconto, d'interesse, borse valori, divise, posti di lavoro e tutto quello che la nascita di una moneta comporta. L'interesse del pubblico è stato superiore alle aspettative, quasi tutti hanno sottoposto quesiti al relatore dimostrando una curiosità quasi «sospetta», la cosa è giustificabile visto che l'avvento dell'EURO cambierà le nostre abitudini quotidiane ed il nostro tentativo di far fruttare i sudati risparmi e, visto che l'esperto era a portata di mano, via con le domande! L'unico dubbio che non sono riuscito a superare nel corso della predetta serata è stato quello su chi comanda in realtà in Europa. L'esperienza mi ha insegnato che in una casa, dopo una adeguata discussione, le decisioni vengono prese da un solo individuo, l'alternativa è il caos; ora chi di noi sa dirmi chi comanda nella nostra Europa? È triste riconoscerlo ma questa unione è frutto dello sforzo, soprattutto, dei potentati economici, i disegni politici vengono dopo, invece, secondo me, sarebbe ora che la Politica vera battesse un colpo, si desse delle strutture in grado di rappresentare, in maniera convincente, quei 280 milioni di cittadini che nel corso degli anni hanno visto l'Europa, alternativemente, come una mucca da mungere o come una matrigna, a seconda che la stessa accordasse finanziamenti gratuiti o salatissime multe. Credo che oggi il cittadino medio voglia un governo europeo in grado non solo di legiferare in modo serio e convincente ma, anche, capace d'impostare un programma politico che guardi ad eliminare le diseguaglianze più macroscopiche tra i vari paesi del continente, di fare una politica estera chiara, comune a tutti i paesi e condivisibile della maggioranza dei suoi cittadini. Nei giorni scorsi ho letto un articolo che ha ridato fiato ad una mia vecchia idea:



i sindacati di Olanda, Belgio, Germania hanno deciso che le prossime negoziazioni salariali inizieranno contemporaneamente nei tre Paesi, non ha senso, infatti, che le imprese multinazionali spostino la produzione da uno all'altro paese approfittando delle differenze salariali o dei diversi sistemi di tassazione, così si suscita il risentimento di un lavoratore nei confronti dell'altro. I sindacati ed il sistema politico devono, insieme, adoperarsi affinché non si proceda sempre più su questa via, favorire la ripresa economica va bene, ma non passando sui diritti più elementari dei lavoratori, cosa che purtroppo si è verificata troppo spesso negli ultimi anni!

Un'altro esempio edificante ce lo offrono la Francia e la Germania che, per curare il male principale del continente, la disoccupazione, hanno elaborato una strategia che si basa sulla constatazione che l'EURO modifica la situazione di competitività all'interno del mercato comune, rendendolo più trasparente per le imprese e per i consumatori. Per contro, la concorrenza inasprisce i prezzi e rischia d'innescare una corsa al ribasso dei costi e, quindi dei salari, per facilitare le esportazioni, le conseguenze che questo scenario comporta sono oltre ai prezzi che calano, le retribuzioni che riducono il potere d'acquisto anche, in una parola la deflazione. Per fronteggiare queste fosche prospettive i governi in questione propongono l'armonizzazione dei salari, in un'azione concertata, le retribuzioni europee dovrebbero aumentare, in misura maggiore dove sono più basse e con questo il potere d'acquisto, con la conseguente accresciuta domanda, il mercato potrà rimettersi in moto? Uno scenario del genere ispira fiducia nel futuro ma la domanda che, prontamente, mi sorge è: in tempi di furiosi tagli ai bilanci statali e non, è realistico pensare che i paesi a bassa retribuzione salariale pongano mano al portafoglio per alzare le retribuzioni? Chi sosterrà i costi di tutto questo? Aumenterà, anche la produttività dei lavoratori in questione?

Il quadro prospettato presenta troppi punti interrogativi, spero fortemente che, per una volta, la politica vera prenda l'iniziativa, nel frattempo rimango nel mio moderato pessimismo. Ultima considerazione: in tutti questi scenari, l'Italia si distingue per l'assoluta mancanza d'iniziativa!

Claudio Marseglia

Guerra buona o guerra!

Questo é il significato che, i paesi della NATO hanno fatto capire ai loro popoli, per l'attacco alla Jugoslavia (Serbia, Montenegro e Kosovo) alla fine di marzo 99.

È una guerra a fini umanistici, guerra per difendere una popolazione, anzi salvare dallo sterminio una popolazione minacciata da un popolo di ideologia diversa, di etnia diversa. Nessuna guerra si può chiamare buona, quando vedi sganciare su un altro popolo un uragano di bombe, questo é il titolo che riportava il giornale, «Il Corriere della sera» il primo giorno d'attacco. E quante altre sono state sganciate fino adesso che scrivo questo articolo? Quanta distruzione, ponti, chiese, raffinerie, fabbriche e i morti! Sono avvenute cose che non ci giungono ancora del tutto chiare a noi, perché per una scarsa conoscenza diretta dei fatti, ci giungono notizie non del tutto reali, ma frammentarie.

È una guerra umanitaria, giustissimo! Ma non con le bombe. Questa si può chiamare guerra di pretesa voluta dalla NATO per svuotare gli arsenali che si erano riempiti negli arsenali americani, l'hanno voluta gli USA ed i paesi europei ne sono stati coinvolti. Dopo tutto Milosevic è ancora là, più spavaldo di prima, non si arrende a nessuno. Lostermínio dei Kosovari continua e non possiamo dire quanti di essi sono morti trucidati, sgozzati e altro, e moriranno ancora. È una guerra di destabilizzazione, voluta dai USA per frenare la grande Europa che sta per nascere, destabilizzarla, creare delle discordie tra le nazioni che ne fanno parte perché, una volta affermatosi, questa grande Europa può creare agli stati d'america una, che altri paesi come i paesi dell'Asia e dell'Africa, possono essere ottimi clienti del mercato Europeo. Milosevic gli ha dato questa possibilità e gli USA non se la sono fatta sfuggire, accelerando i tempi, cogliendo l'Europa impreparata. Ebbene l'Europa torni in campo, si unisca e trova una soluzione di pace e di accordo, altrimenti sarà troppo tardi.

Carmine Puzo



Stadfest

dal venerdì 27 fino alla domenica 29 agosto 99

la Colonia Libera Italiana di Uster

cucina per voi:

Uster 1999

Risotto ai porcini

Vi aspettiamo numerosi!

Quale il ruolo delle Colonie Libere?

Ci stiamo avvicinando al fatidico anno 2000 e a volte siamo tentati di fare un bilancio sulla nostra associazione. Le Colonie Libere esistono in Svizzera da oltre cinquanta anni. Furono fondate da esuli antifascisti rifugiatisi in Svizzera. In questo lungo tempo il nostro movimento, che peraltro esiste in questa forma solo in Svizzera, ha svolto una attività molto incisiva in favore dei diritti degli emigrati italiani in questo paese. Agli inizi molti degli attivisti hanno passato momenti difficili, sia per il loro credo politico, che per le loro rivendicazioni non sempre viste positivamente

dalle autorità svizzere. Alla fine degli anni cinquanta furono raccolte le firme per il passaporto gratuito per coloro che avevano emigrato per questioni di lavoro. Fu una grande conquista che ancor oggi ne traiano i vantaggi, ma allora alcuni attivisti hanno rischiato di essere espulsi per aver raccolto le firme. Col passare del tempo però le Colonie Libere Italiane hanno assunto sempre più un ruolo importante e sono diventate un interlocutore con le autorità svizzere. La grande battaglia della doppia cittadinanza portata avanti con ostinazione dal nostro

movimento per diversi anni, è giunta finalmente in porto grazie al governo svizzero che ha dato per primo questa possibilità. Le richieste dei diritti politici riproposta in diversi comuni non ha dato ancora i risultati auspicati, se non altro è servita a sensibilizzare l'opinione pubblica sulla nostra richiesta.

Ora sono state lanciate petizioni verso il governo svizzero e quello italiano per le quali si stanno raccogliendo le firme, una petizione riguarda la naturalizzazione facilitata per i giovani nati in Svizzera, un'altra chiede che le persone che lasciano definitivamente la Svizzera e hanno difficoltà di adattarsi possono rientrare senza perdere i diritti acquisiti, un'altra petizione è indirizzata al governo italiano al quale chiediamo che vengano concessi i diritti civili e politici agli emigrati che vivono in Italia. Abbiamo voluto accennare una piccola parte delle nostre attività per poter far capire che ruolo svolgono le Colonie Libere in Svizzera. Lo scorso dicembre abbiamo avuto un congresso straordinario, per poter discutere e capire quale sia il nostro futuro. È unanime convinzione, che se vogliamo avere un futuro, dobbiamo coinvolgere la seconda e terza generazione. Come detto le CLI hanno degli ottimi rapporti con le autorità svizzere, è stato constatato anche nella tavola rotonda nel tema integrazione svoltasi nel municipio di Zurigo con il Sindaco durante il congresso straordinario.

Allora viene da pensare perché mancano i 30 o 40enni della seconda generazione nel nostro movimento che non hanno problemi di lingua, che sono cresciuti qui ma che conoscono anche la realtà italiana. Non potrebbero essere loro i migliori interlocutori con le autorità svizzere. C'è molto da riflettere su questo e forse nessuno conosce una ricetta adatta per coinvolgerli. Probabilmente i problemi della seconda e terza generazione sono molto diversi dalla prima, quindi spetta forse a noi capire le loro esigenze e lasciare loro lo spazio necessario. È un discorso difficile anche perché vedendo la partecipazione alle nostre serate informative o a volte frequentando il centro italiano, si ha l'impressione che le persone non sentano i problemi della scuola, del lavoro, integrazione ecc. Si ribellano soltanto quando vengono toccati i propri interessi, ad esempio se il governo riforma il sistema pensionistico, quando si parla di pagare il passaporto e così via. Allora viene da chiederci se siamo noi che ci facciamo carico di problemi che altri non sentono, oppure quelli che gli hanno fatto finta di non averli o corrono ai ripari quando non c'è



P.P. Uster

Gruppo di giovani intervistati nella nostra sede.